

Mit dem Hungerstreik der kämpfenden Proletariate, mit einem dreifachen Rot Front... Die nachfolgende Entschließung - als Reklame der Disziplin von den sozialdemokratischen Arbeitern... fand einstimmige Annahme:

„Eine Delegation aus langjährigen SPD- und Reichsbannerangehörigen aus den wichtigsten Teilen Deutschlands, die teilweise schon in der Antifaschistischen Aktion führend mitarbeiten, war am heutigen Tage beim Führer der SPD, beim Genossen Ernst Thälmann.

Die Delegation hat am Tage vorher in einer mehrtägigen Sitzung 21 Fragen ausgearbeitet, die im Kampf gegen den Faschismus, Hunger und Krieg Lebensfragen aller deutschen Arbeiter sind.

Was diese Fragen hat der Genosse Thälmann ausführlich und eingehend beantwortet.

Die Delegation erklärt, daß diese Antworten die Grundlage für die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen und für die Durchführung der Antifaschistischen Aktion sind.

Die Delegation bricht, diese Fragen und Antworten als Broschüre der Antifaschistischen Aktion herauszugeben.

Wir rufen alle Arbeiter auf, in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in allen Orten die kämpfende Einheitsfront zu schmieden, den antifaschistischen Klassenkampf zu entfalten, in diesem Kampf die faschistische Völkerverregung niederzuringen, den Faschismus zu vernichten um die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Sieg des Sozialismus zu erringen!

Kaufmännischer Tributpaß perfekt Die Hitlerpartei - Tributpartei

Heute vormittag ist der im wochenlangen Beratungen im Kaufmännischen Verein von Kaufmann... Die ganze bürgerliche Presse, vornehmlich aber die Nationalsozialistische, ist voll von den... Unter besonders schwerem Druck sind aber die nationalsozialistischen Tributforderungen...

Die ganze bürgerliche Presse, vornehmlich aber die Nationalsozialistische, ist voll von den... Unter besonders schwerem Druck sind aber die nationalsozialistischen Tributforderungen...

Unter besonders schwerem Druck sind aber die nationalsozialistischen Tributforderungen...

Unter besonders schwerem Druck sind aber die nationalsozialistischen Tributforderungen...

Unter besonders schwerem Druck sind aber die nationalsozialistischen Tributforderungen...

Unter besonders schwerem Druck sind aber die nationalsozialistischen Tributforderungen...

Schert sich um das Banner der Kommunistischen Partei, für den Kampf um die soziale Befreiung...

Blutiges Handwerk der Hitlerbanditen

24 Arbeiter seit Aufhebung des SU-Verboles von Hitlers Systemarmee erschossen und erschoten. Hitler proklamiert den Mord!

Die blutige Bilanz der wenigen Wochen, seit denen die braunen Banditen vom Halften in ihren Vapenaden wieder mit Dolch und Revolver durch die Straßen ziehen, sind 24 nicht ermordete Arbeiter und zahllose leicht- und schwerverletzte Arbeiter. In der vergangenen Woche wurden 4 Arbeiter das Opfer der braunen Mordbanden.

In Berlin wurde der parteilose Arbeiter Karl Riebow am 21. Juli dem Nachhauseweg von den Halften erschossen. Der Genosse Hermann Fröhlich, Kremel (Hollstein) wurde heimtückisch aus dem Hinterhalt von den Hitlerstrahlzittern erschossen.

Der parteilose Arbeiter Kildowill, Minden, wurde von prosozialistischen Nazis bei der Ruhrparteiliche ermordet.

Im Elbener Krankenhaus ist ein weiterer Arbeiter seinen schweren Verletzungen erlegen, die ihm Nazistrolche während der Ruhrparteiliche zugefügt haben.

Mit diesen Opfern der letzten Woche hat das Massenbewußte Proletariat 24 Tote, allein durch Nazistrolche niedergestreckt, zu Grabe getragen. Hinzu kommen noch zahlreiche Tote, deren Leben durch Halftenjäger ein Ende bereitet wurde.

Diese Arbeitermorde organisiert kein anderer als Adolf Hitler selbst, der neuerdings seinen braunen Banditen in einer Münchener Rede das Stichwort mit folgenden Ausführungen gab: „Wir empfinden es als Provokation, wenn auf einer deutschen Straße Moskauer Soldaten marschieren.“ Im Hinblick darauf erklärte er, daß die SU auf der ganzen Front die Faust zeigen werde.“

Nun, sie zeigen die Faust im Abzugsbügel der Pistolen, die Faust, in der sie den widerlichen Stahl halten, um Arbeiter im Halften der Bourgeoisie zu ermorden. Und der Reichstag kommt aus dem Braunen Haus in München. In der Öffentlichkeit aber beschließen sie die Dinge in freier Verlegenheit um, weigern ihre maßlose Füge bis zum Äußersten und schreien nach der Staatsgewalt, wenn ihnen die Arbeiterklasse empfindlich auf ihre Mordversuche reagiert.

So steht das blutige Kapital im Zusammenhang mit

Schiecks Hungeretat mit den Stimmen der SPD angenommen!

Krönung des Amnestieberrats

Der kommunistische Amnestiegesetzentwurf durch skrupelloses Wahlmanöver der SPD zu Fall gebracht. SPD gibt allen Kapiteln des Klassenetats ihre Zustimmung

Dresden, den 8. Juli 1932.

In der gekrönten Schlußsitzung des Landtags hat die sozialdemokratische Fraktion den skandalösen Hungeretat der Regierung des deutschen Kapitalismus sanktioniert. Der sozialdemokratische Präsident ließ gegen den Widerstand der Kommunisten über den Klassenetat der Schiedsregierung, der drei Millionen für Arbeitsbeschaffung und 3,5 Millionen für die Wohlfahrt getrichen hat, mit einem einzigen Hammerstich abstimmen. Von den Sozialdemokraten bis zu den Nazis stimmte der Landtag für diesen Etat.

Die sozialdemokratischen Führer haben nicht nur für die Millionen Streichung aus sozialen Ausgaben, für den Abbau der Löhne der Arbeiter und Angestellten, sondern auch für den Etat der Klassenjustiz und des faschistischen Polizeiparates, für die Ministergehälter gestimmt. Um rechtzeitig in die Ferien zu kommen, haben sie sogar auf ihre eigenen, zum Etat getheilten Anträge Verzicht geleistet.

Den skandalösesten Betrug aber leisteten sich diese SPD-Führer indem sie ihren Verrat an der Amnestie der proletarisch-politischen Gefangenen auf die Spitze trieben. Der sozialdemokratische Landgerichtsdirektor K. u., ein Richter der deutschen Klassenjustiz, erklärte in seiner Diskussionsrede zu dem kommunistischen Amnestiegesetzentwurf, daß er dem Justizminister Mannfeld zustimmen müsse, daß der kommunistische Amnestiegesetzentwurf nicht angenommen werden könne.

Er polemisierte mit laienformalen und juristischen „Argumenten“ gegen unseren Gesetzentwurf, sich dabei darauf verteilend, daß die von uns verlangte Amnestie angeblich jedem Verbrecher und Mörder Straffreiheit gewähre.

Nachdem sie sich die Sicherheit verschafft hatten, daß unser Gesetzentwurf in der parteigegenständlichen Fassung von dem gesamten Bürgerium unter Einwirkung der Nazis in fortwährender Schlußberatung abgelehnt worden wäre, forderten die Sozialdemokraten im demagogischen Absicht, die sofortige Beratung in zweiter Lesung. Die kommunistische Fraktion, die mit aller Energie jedes Vorgehen der SPD-Ahnerkennung verbot, verweigerte nach den Bestimmungen der Reichsverfassung nach einstimmiger Parteivote eine neue Sitzung, damit in der Zwischenzeit jede Kraktion ihre Änderungsanträge zu unserem Gesetzentwurf einbringen und das Gesetz in aller Form angenommen werden könne.

Das aber wollten die sozialdemokratischen Führer verhindern. Gemeinsam mit den Bürgerlichen und Nazis brachten sie dem Amnestiegesetzentwurf zu Fall und trüben damit ihren Verrat an den proletarischen politischen Gefangenen, nachdem sie bereits vor 14 Tagen durch Stimmenthaltung unseren Antrag im Ausschuss, von der Regierung nach vor der Endabstimmung über den Etat des Landtags einen Gesetzesentwurf vorzulegen, zu Fall gebracht hatten. Durch ihre Haltung im Ausschuss haben sie gleich ihren Kumpanen im Freudenlandtag ihre unbedingte Feindschaft gegen die Amnestie der proletarischen Gefangenen dokumentiert.

In der gekrönten Landtagssitzung hat sich die gesamte SPD-Fraktion während der Beratung unseres Gesetzentwurfes mit einer Meute von Zirkusclowns benommen und durch ihr jähliches Melodieren bei einer Gelegenheit, da es um das Schicksal unserer Klassenkämpfer in den Justizhäusern der Republik ging, bewiesen, daß sie bereit sind, mit unerhörter Skrupellosigkeit Manöver an Manöver zu reihen, um ihrer Partei auf

Die Kommunisten erklären zum Schiedetat

In der gestrigen Landtagssitzung gab Genosse K. u. eine Erklärung zum Klassenetat der Schiedsregierung ab, während die SPD in prinzipieller Rede ihre bedingungslose Zustimmung verkündete. Mit ihren Stimmen wurde auch der Vorschlag der sozialdemokratischen Präsidenten Wödel angenommen. Den gesamten Etat, der noch in letzter Minute durch weitere Verhandlungen „ausgeglichen“ wurde, mit einem einzigen Hammerstich anzunehmen, wodurch die Sozialdemokratie für alle Kapitel stimmte. In der Erklärung unserer Fraktion heißt es unter anderem:

Der Etat steht im Zeichen der Durchführung der Hungeretat-Verordnung der Völkerverregung die von den Nazis gekürzt und toleriert wird.

Der Wahlapparat des Staates, die Polizei als Bürgerkriegsinstrument gegen das Proletariat und gegen die hungernden

Reihen des grauenvollen Hungers Millionen ausgebeuteter Parlamentarier zu ergattern.

Die sozialdemokratische Führerklasse wird auch durch bürgerliche Geheiß die Todsünde nicht aus der Welt schaffen können. Die im Zeitalter der Völkerverregung, im Zeitalter der Ausrichtung der faschistischen Diktatur der schiedsregierenden Klassenetat demittiert hat; daß sie dem faschistischen Polizeiparates die Millionen ergötzen hat, mit denen es einem Machtmittel der herrschenden Klasse erneut ermauert wird, die hungernden Massen niederzuschlagen. Die SPD-Führer haben der Klassenjustiz die Millionen bewilligt, damit auch in Zukunft tausende Arbeiter, die wegen ihrer Rebellion gegen den Hunger im kapitalistischen Deutschland auf der Straße kommen, zu weiteren Justizhäusern und Gefängnisanstalten verurteilt werden. Die SPD hat mit ihrer Zustimmung zum Hungeretat gegen die Schließung der Arbeiterhäuser gestimmt und sich damit für das folgende Massenelend in den proletarischen Familien entschieden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat schließlich mit allen Mitteln der Demagogie den bittersten Verlust der Kommunisten, die proletarischen Klassenkämpfer der Reichsregierung zu entziehen, zu einem Wahlmanöver für ihre Partei heranzuziehen wollen. In skrupellose Fortsetzung ihrer beispiellosen arbeiterverräterischen Politik werden die SPD-Führer mit allen Mitteln versuchen, ihre Zustimmung zum Klassenetat der faschistischen Bourgeoisie damit zu wecheln.

Die kommunistische Partei wird aber den Verrätern der Klasse vom Geißel reihen, sie wird nicht zulassen, daß diese Führer auch in Zukunft dem Faschismus den Weg bereiten und durch ihre Parlamentarierpolitik die Kollaboration der Arbeiterklasse von den Klassenkämpfen der Gegenwart, die brauchen im Betrieb und Stempelstelle organisiert und ausgetragen werden müssen, ablenken. Die Kommunisten appellieren an die sozialdemokratische Arbeiterklasse, das Verräterpiel ihrer Führer zu durchbrechen und in voller Einheitsfront mit ihren kommunistischen Klassenkämpfern den Kapitalismus zu schlagen.

den rebellierenden Massen der Erwerbslosen wird weiter ausgebaut. Die Sozialistengesetze sind im Zeichen brutalen Abbaus der Wohlfahrtsunterstützungen und rücksichtslos gekürzt. Zur Überwindung der Erwerbslosigkeit werden vollständig befristet die Mittel für Arbeitsbeschaffung auf das äußerste eingespart. Das über die bedürftigsten Wohnungsbauprogramme wird vollständig aufgegeben. Es werden dafür keinerlei Mittel eingesetzt. Der Straßenbau und die Straßenunterhaltung wird auf ein Minimum reduziert. Die Mittel für Schulbildung und Schwanzenarbeiten auf bedeutungslose Summen herabgesetzt.

Der Etat zeigt alle Zeichen der Kulturkretation und des Verfalls und Rückgangs aller kulturellen Einrichtungen. Der Schiedetat wird rücksichtslos gekürzt. Alle Schulneubauten werden eingestellt. Die Zusammenlegung der Volkshochschulen, der ankernde Gerüstung der Gesundheit der proletarischen Arbeit, wird beibehalten. Hunderte von jungen Leuten werden und werden neu Stellunglos.

Der Etat zeigt so in allen seinen Teilen den brutalen faschistischen Kurs der deutschen Bourgeoisie.

Nazis und SPD stehen zu Schied

Sozialdemokraten und Nationalsozialisten haben mit wechselnder Mehrheit diesen Etat zur Annahme verhalten. Sie haben abwechselnd für die Gehälter der Minister gestimmt. Die Nationalsozialisten haben dem Gehalt des Ministerpräsidenten ihre Zustimmung gegeben.

Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sind damit beim als die Parteien des Systems, als Parteien des Kapitalismus gefangenlehnt.

Die Sozialdemokraten haben alle reaktionären und arbeiterverräterischen Maßnahmen der Schiedsregierung gestützt. Sie haben die Forderung der Kommunisten auf Entlohnung von 1.000.000 Reichsmark für Arbeitsbeschaffung abgelehnt und dafür nur die höchstens geringe Summe von 120.000 Reichsmark bewilligt. Sie haben gegen die kommunistische Forderung auf Erhöhung der Summe für Arbeitsbeschaffung auf 500.000 Reichsmark gestimmt. Sie haben die Vorkosten der staatlichen Zwangs- und Privatentlohnung abgelehnt.

Die Sozialdemokraten haben mit der Amnestie für die revolutionären Klassenkämpfer ein schändliches verräterisches Wahlmanöver gemacht.

Nur die Vertreter der kommunistischen Partei kämpfen rücksichtslos für die Interessen der Arbeiterklasse.

Sie wurden dafür von den bürgerlichen Parteien und den sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Traktanten der Kapitalisten belächelt und belächelt, verpöbelt und belächelt. Unter rigorosster Anwendung der Gehaltsordnung wurden ihren Anträgen und Forderungen abgelehnt, ihre Vorkosten für die Arbeiter, für die Erwerbslosen, für die proletarische Jugend teilweise nicht zur Abstimmung zugelassen.

Die Verhandlungen über den Etat der Schiedsregierung zeigen vor den arbeitenden Massen Schicksen, daß sie im kapitalistischen Klassenetat von keinem, ganz gleichgültig mit welchem Mitgliedern Parlament, daß sie von keiner der Parteien der Erhaltung des Kapitalismus eine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten haben.

Nur die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, nur die Errichtung und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft bringt den arbeitenden Massen Arbeit, Brot und Freiheit.

Den Kampf um die Macht, um den Sieg des Sozialismus kann das Proletariat nur in keinem machtlosen außerparlamentarischen Kämpfen durchführen.

Wir rufen das Proletariat zur Organisation des roten Massenstreikes, gegen faschistischen Terror, zum Kampf im Massenstreik gegen die Angriffe des Völkerverregung, zum Kampf in den Antifaschistischen Aktionen für den Sieg des Sozialismus.

den abgemehrten Naziprozessionen in Dresden-Neustadt nach der Polizei und fordert den Innenminister Richter auf:

„Greifen Sie hinein in das Vordereck, und Sie lassen einmal leben, wie schnell es zur Ruhe kommen kann!“

Das Vordereck ist in den SU-Kaisern der Hitlerfaschisten, deren Wohnorte planmäßig zum Vordereck aufgeführt und gezeichnet werden. Und in die Vorderecke werden die Arbeiter hineingeworfen, indem sie den antifaschistischen Massenstreik ausbauen und in Antifaschistischer Aktion den Mordbänden der Entenarmee ein Ende bereiten werden.

Malerstreik für Leipzig abgewährt

Eine Mitgliederversammlung der Maler Leipzigs beschloß am Donnerstag, dem 7. Juli, den Kampf abzuwehren und den Vorkauf von 24 Pfennig pro Stunde anzuerkennen.

Für Annahme des Schiedspruches stimmten 208 Kollegen, für Ablehnung 115.

Kampfbeschluß Reichener Betriebsbelegschaft

In einer Betriebsversammlung der „Rollerba“ nahm die Belegschaft Stellung zu den erlassenen und bevorstehenden Entlassungen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde eine Entschlossenung gegen wenige Stimmen angenommen, in der es heißt, daß der Betriebsrat zu keinen Entlassungen seine Zustimmung geben darf. Es wurde festgelegt, bei weiteren Entlassungen in einer Betriebsversammlung dazu Stellung zu nehmen und geeignete Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Die Belegschaft nahm weiter Stellung zur Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes der Arbeiterschaft gegen die faschistische Unterdrückung und die brutale Ausbeutung. Es wurden drei Delegierte für die Einheitskonferenz in Ebersbach gewählt. Diese Delegierten sollen in der nächsten Betriebsversammlung Bericht geben. So formiert sich auch in Reichener die rote Einheitsfront zur Antifaschistischen Aktion.

Sch Unt

(11)...

Welle

Gege

Reine

Theodo

Dee K

bliebe

Die O

So wert

Die O

Die O

Die O

Die O

Die O

Die O